

Die Ansiedlung von Militär in Weimar-Nord

Verfasser: Manfred Hartung
Arbeitsstand: März 2017

Militär in Weimar – allgemeine Entwicklung

Für eine fürstliche Residenzstadt war die ständige Anwesenheit von Militär üblich, Weimar war jedoch – entgegen diesem Trend – bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts keine Garnisonstadt.

Erst 1853 bewilligte der Landtag den Bau einer Kaserne, die ab 1854 nach Entwürfen von Carl Heinrich Ferdinand Streichhan in der Wilhelmallee - jetzt Leibnizallee - errichtet wurde. Im Vorfeld war militärische Präsenz bereits seit dem 17. Jahrhundert in Weimar vorhanden. Diese Einheiten hatten Ehren- und Wachdienste zu leisten.

Nach der Niederlage von 1806 (Jena/Auerstedt) mussten die Herzöge von Sachsen dem Rheinbund beitreten. Die Truppen wurden im Verbund mit Frankreich (Napoleon) in verschiedenen Feldzügen eingesetzt, insbesondere in Spanien und Russland.

Nach 1815 kamen die Truppen im Verbund mit Preußen insbesondere gegen Dänemark und Österreich zum Einsatz.

Durch den Versailler Vertrag wurde die deutsche Truppenstärke begrenzt, wodurch auch das Militär 1919 aus Weimar abgezogen und Weimar garnisonsfrei wurde. Die vom Versailler Vertrag festgelegte Heeresstärke von 100.000 Mann wurde am 1. Januar 1921 durch enormen Abbau der nach dem 1. Weltkrieg verbliebenen Truppen erreicht. Diese Maximalstärke wurde auch im Wehrgesetz vom 23. März 1921 verankert. Trotz des von General Seeckt unter strengster Geheimhaltung entwickelten Aufrüstungskonzepts, des Großen Plans von 1925, der den personellen Zuwachs auf bis zu 3 Mio Mann enthielt, ging mit dem Abbau der Reichswehr erst einmal die Angst einher, Stationierungen zu verlieren.

Nicht so in Weimar. Hier wurde alles getan, um Weimar wieder Garnisonstadt werden zu lassen. Politische und wirtschaftliche Gründe waren für das Reich(die NSDAP), das Land und die Stadt von solcher Bedeutung, dass die ‚Aufrüstung‘ der Stadt mit allen verfügbaren Mitteln betrieben wurde.

Hier einige Zitate:

- + 06. 01. 1924 Militärbefehlshaber Thüringen an Oberbürgermeister Müller Weimar
„...Wie Ew. Hochwohlgeboren bereits bekannt ist, hatte der Herr Militärbefehlshaber - den wiederholten und dringenden Bitten hiesiger Bevölkerungskreise Rechnung tragend – bei dem Reichswehrminister beantragt, nach Weimar als der Landeshauptstadt Thüringens baldmöglichst eine dauernde Garnison zu verlegen...“.
(Stadtarchiv Weimar 2-28-16 Seite 1)
- + 08. 02. 1924 Niederschrift Oberbürgermeister Müller Weimar
„...und teilt mit, dass der Militärbefehlshaber bald nach seinem Erscheinen vonseiten der Landwirtschaft und Industrie sowie von anderen Interessenverbänden angegangen worden sei, dafür einzutreten, dass die Stadt Weimar wieder eine Garnison erhalte...“
(Stadtarchiv Weimar 2-28-16 Seite 31)

Bereits 1925 wurde Weimar erneut Garnisonsstadt durch Belegung der Kasernen in der Leibnizallee und der Errichtung von Offizierswohnungen im Bereich Kasernenstraße/Besselstraße (heutige Bodelschwinghstraße). Ausgestanden war das Thema jedoch nicht. Andere Thüringer Städte hatten ähnliche Ziele und die zuständigen Stellen mussten besonders auf die Übernahme der Kosten für Flächen und deren Erschließung durch die Städte achten, da die Staatskassen leer waren.

- + 20. 07. 1927 Aktenvermerk
Überlegungen des Reichswehrministeriums, die verschiedensten Halbgarisonen in

Thüringen weiter zusammenzuführen, bestehen unter besonderer Berücksichtigung der Städte, die bereit sind, Opfer zu bringen. OB Müller Weimar lege besonderen Wert darauf

„...die erst vor kurzer Zeit unter Aufwendung beträchtlicher Kosten erhaltene Garnison für die Dauer zu behalten...“ und

„...würde die Stadt Weimar die Vermehrung der Garnison zweifellos begrüßen...“
(Stadtarchiv Weimar 2-28-16 Seite 233)

In den folgenden Jahren stellt sich die Weimarer Öffentlichkeit gegen Verlegungspläne von Militär aus Weimar.

+ 03. 02. 1934 vertraulich Oberbürgermeister Müller Weimar an Wehrkreisverwaltungsamt Stuttgart in Beantwortung einer feststellenden eiligen Anfrage des Wehrkreiskommandos V Kassel vom 1. 2. 1934 über

+ die kosten- und lastenfreie Überlassung von 20 ha Fläche;

+ die Übernahme der Kosten für die Erdarbeiten für die Erweiterung der Schießanlage Lützendorf;

+ die Vermittlung zur Erweiterung des Exerzierplatzes Lützendorf auf 300 ha;

- alle Forderungen wurden bestätigt;

„...Im Übrigen darf ich im Namen der Stadt Weimar zum Ausdruck bringen, dass die Stadt mit herzlicher Freude eine Erweiterung der Garnison ... begrüßen und mit allen Kräften bemüht sein würde, die bei dieser Erweiterung ihr zufallenden Aufgaben zu erfüllen...“

(Stadtarchiv Weimar 9-92-224 Seiten 1-9)

Mit der Übernahme des Oberbefehls über die Reichswehr begann Hitler im August 1934 mit dem Neuaufbau der Wehrmacht. Die an Garnisonen interessierten Städte hatten entsprechende erschlossene Flächen kostenlos bereitzustellen. Bereits Anfang 1934 wurde durch das Reichswehrministerium eine erhebliche Erweiterung der in Weimar zu stationierenden Militäreinheiten festgelegt. Unter Oberbürgermeister Müller wurde dies von der Stadt und der Bevölkerung ausdrücklich begrüßt und es wurden umgehend entsprechende Zuarbeiten geleistet, so dass Weimar letztlich bereits 1935 die meisten Militärausgaben in ganz Thüringen bestritt. Die in unmittelbarer Nachbarschaft in Nohra auszubauenden und neu zu schaffenden Objekte wurden ebenfalls durch die Stadt Weimar massiv befördert.

Obwohl sich nunmehr die militärischen Neubauten auf Weimar-Nord und Nohra konzentrierten, wurde auch der Standort Wilhelmallee weiter ausgebaut. Nachfolgend werden hier aber nur noch die Aktivitäten in Weimar-Nord dargestellt.

Errichtung von Militärstandorten in Weimar-Nord

Die von der Stadt zugesagte Bereitstellung geeigneter erschlossener Flächen konzentrierte sich vorerst auf den Webicht durch die unmittelbare Nähe des Flugplatzes und der Kasernen in der Wilhelmallee (jetzt Leibnizallee). Die Orientierung der Wehrmachtbehörden richtete sich besonders auf den Bereich südlicher Ettersberg-Lützendorf. Gründe dafür waren vor allem:

+ ausreichend Fläche;

+ jederzeit erweiterbar;

+ direkt angrenzend an den bereits vorhandenen Übungsplatz/Schießplatz und damit Vermeidung ständiger Truppenbewegungen durch die ganze Stadt;

Es ist nicht dokumentiert, inwieweit sich die Querverbindung zu den Militäranlagen Nohra und möglicherweise bereits vorhandene Pläne zur Errichtung des KZ Buchenwald auf diese Standortorientierung auswirkten. Die Stadt Weimar sprach sich anfangs durch die damit verbundenen hohen Kosten gegen Lützendorf aus – stimmte jedoch ausdrücklich zu, nachdem

die anderen Standorte als zu klein und nicht ausreichend erweiterbar befunden wurden und für den südlichen Ettersberg über aktuelle Pläne hinaus weitere Militäransiedlungen nicht ausgeschlossen wurden.

1934-1936 wurden die Kasernenbauten zwischen Lützendorfer Gut und Ettersburger Straße errichtet sowie der vorhandene militärische Übungsplatz Lützendorf wesentlich erweitert. Am Herrenrödchen – damals Tannenbergsstraße – wurden 1937-38 weitere Militärobjekte errichtet.

Während die bisher dargestellten Maßnahmen dem Heer dienten, wurde ab 1936 auch östlich der Ettersburger Straße ein weiteres Kasernengelände für die Luftwaffe mit sehr raschem Baufortschritt errichtet, so dass bereits am 21. 11. 1936 das Richtfest stattfand und kurz davor schon erste Flak-Rekruten vereidigt wurden.

Alle erforderlichen Maßnahmen und Entscheidungen wurden zwischen

- + der Stadt Weimar, Oberbürgermeister Dr. Müller (ab 1. 10. 1937 OB Koch) und Stadtoberbaurat Lehrmann;

- + in Abstimmung mit verschiedenen Landesbehörden;

und

- + dem Reichswehrministerium;

- + dem Reichsluftfahrtministerium;

- + dem Reichsfinanzministerium;

- + Wehrmacht-Dienststellen in Dresden – Wehrkreiskommando, Luftwehkreiskommando, Luftamt – wobei unklar ist, ob es sich um verschiedene Dienststellen oder um eine Dienststelle mit unterschiedlich gewählten Bezeichnungen handelt;

telefonisch, in persönlichen Gesprächen in Weimar, Dresden und Berlin und auf schriftlichem Wege geklärt und entschieden.

Den zahlreichen Aktenvermerken ist zu entnehmen, dass es stets um die ‚beste Lösung‘ des jeweiligen Sachverhalts ging. Die Interessenlage war recht eindeutig:

- + die Wehrmacht hatte das Ziel, in Thüringen die Militärstationierung wesentlich zu erweitern, wobei Weimar zwar eine nicht unbedeutende, aber keine andere Standorte ausschließende Wichtung erfuhr;

- + Weimar hatte das Ziel, die Bedeutung als Garnisonsstadt weiter zu festigen, dafür die erforderlichen Kosten zu tragen, aber auch auf die Auftragsvergabe an ansässige Unternehmen zu orientieren. So kann das Drängen des Oberbürgermeisters bei den Wehrmachtsbehörden auf schnelle und umfassende Entscheidungen für Weimar neben der Sicherung eines ausreichenden Zeitfensters für die eigenen Aufgaben auch als Versuch zur Konzentration der Entscheidungen für Weimar aufgefasst werden.

Dazu ist die Erinnerung an die politische Situation im damaligen Thüringen und besonders auch in Weimar von Bedeutung. Mit dem Nichtverbot von Hitler-Auftritten in Thüringen, dem ersten Reichsparteitag der neuen NSDAP, dem Einzug der NSDAP in die Landesregierung, der wachsenden Bedeutung des ‚Mustergaus‘ unter Fritz Sauckel, der Landes- und Gauhauptstadt Weimar und deren politischer Denk- und Entscheidungsrichtung sowie der enormen Verflechtung der Thüringer Wirtschaft mit der Rüstungsindustrie waren die besten Voraussetzungen für die Erweiterung der Militärpräsenz in Thüringen und in Weimar gesetzt.

Wesentliche Entscheidungen dieser Zeit:

1934-08-04: Ministerialrat Ebeling (Land Thüringen) informiert OB Müller über die Absicht, Einheiten der Landespolizei von Gera nach Weimar umzusetzen und über die Absicht der Wehrmacht, Militärerweiterungen für Weimar vorzusehen. Es wurde gleichzeitig vorgeschlagen, der Landespolizei die vorhandenen Kasernen zuzuordnen und für das Militär neu zu bauen, um die zu erwartenden Anforderungen in den vorgesehenen Größenordnungen absichern zu können.

- Hier wurde bereits der südliche Ettersberg vom Land bevorzugt, die Stadt aus Kostengründen für die stadteigenen Aufgaben aber gegen diesen Standort war.
- 1934-08-09: Die Gesamtkosten für die im Gespräch befindlichen zwei Infanterie-Kasernen wurden mit 8,5 Mio RM und die von der Stadt zu tragenden Erschließungskosten mit 254.000 RM beziffert. Flächenmäßig ging es vorerst um 13,3 ha vom Kernstück des verpachteten Staatsgutes Lützendorf mit Entschädigungserfordernis an den Pächter sowie um weitere Flächen, die durch Flächentausch verfügbar gemacht werden sollen.
In der Besprechung mit einer Kommission des Reichswehrministeriums sagt Weimar nach Rücksprache mit dem Land die Flächen um das Gut Lützendorf verbindlich zu. Bereits am 13. 8. 1934 wird dieses Gelände durch die Herresbauleitung Erfurt bestätigt.
- 1934-08-27: Reichswehrministerium trifft Entscheidung für Weimar:
- + 1 mot. Infanterie-Batallion;
 - + 1 leichte Artillerie-Abteilung ;
 - + 1 Nachrichtenabteilung;
 - + Stab der 3. Kavallerie-Division;
 - + Kriegsgericht;
 - + Ersatz-Divisionsstab;
- insgesamt 2000 Personen plus dazugehörige Familien;
Die von der Stadt zu tragenden Kosten haben sich auf 1,476 Mio RM erhöht und sollen durch Anleihen aufgebracht werden.
- 1934-09: Mehrere Verhandlungen Stadt Weimar – Pächter Staatsgut Lützendorf – Erben; Stadt erkennt Forderungen nicht an, erwägt bei Nichteinigung die Einleitung eines Enteignungsverfahrens gegen den Staat;
- 1934-10-03: Beratung mit den Pächtern bei OB Dr. Müller:
- + keine Einschaltung des Gerichts;
 - + Pachtentschädigung für 54 Morgen insgesamt 16.000 RM;
 - + Vereinbarung, falls restliches Land des Gutes nicht benötigt wird, Zusatzentschädigung von 10.000 RM, da die Erträge auf diesen Flächen wesentlich geringer sind und eine wirtschaftliche Bearbeitung nicht gegeben ist;
 - + weiterhin zahlt die Stadt 700 RM für Ernteverluste Rübenernte und 30.000 RM an Lämmerhirt's Erben;
- 1934-10-10: Baubeginn der Kasernen in Lützendorf in 3 Schichten;
- 1934-12-14: der Reichsfinanzminister lehnt eine stärkere Belastung der Städte durch Garnisonaufgaben ab und steht damit im Widerspruch zur Forderung des Reichswehrministeriums zur kostenlosen Überlassung erschlossener Flächen;
- 1934-12-21: Antrag OB Dr. Müller an Reichswehrminister auf Entlassung aus dem Vertrag vom 24. 10. 34, in welchem die Stadt Leistungen für 700.000 RM zusagt, da der Reichsfinanzminister nur 300.000 RM bewilligt;
- 1935-10: Bildung der 1. Panzer-Division aus der 3. Kavallerie-Division in Weimar;
- 1936-5: Da der Arbeitskräftebedarf für die sehr zügige Errichtung von Militärbauten und Wohnbauten regional nicht gedeckt werden konnte, wurden Bauarbeiter aus ganz Deutschland in einer Größenordnung von mehreren Tausend eingesetzt.
- 1936-11: Erste Vereidigung von FLAK-Helfern am Kasernenstandort östlich der Ettersburger Straße



Die neu entstandenen Kasernen im Bereich der Lützendorfer Straße in den späten 30-er Jahren des vorigen Jahrhunderts



Ehemalige Standorte von Militärbauten W-Nord



Bereich östlich Ettersburger Straße von Süden

Neben den Kasernen und zugehörigen Objekten wurden im bewohnten Stadtbereich – also in räumlicher Entfernung zu den Kasernen - verschiedene vorhandene Objekte der militärischen Nutzung zugeordnet und neue Objekte errichtet, so für den Divisionsstab in der Jenaer Straße 1935/36 und für das Kriegsgericht in der Wilhelmsallee (heute Leibnizallee).

Parallel zur Errichtung von Militärbauten wurde auch am Wohnungsbau für die in Weimar zu stationierenden verheirateten Offiziere und Unteroffiziere gearbeitet. Von 1935-37 wurden solche Wohnungen an verschiedensten Standorten über die Stadt verteilt gebaut und 1938-39 folgten ca. 40 Wohnungen in der Ettersburger Straße.

Einsatz der Militäreinheiten während des Krieges

Die in Weimar gebildete 1. Panzer-Division war vor dem 2. Weltkrieg die erste einsatzfähige Panzer-Division der Wehrmacht.

Sie wurde 1939 gemeinsam mit der 4. Panzer-Division für den Feldzug gegen Polen eingesetzt. Mitte 1940 erfolgte die Verlegung an die Westfront bis zur Kapitulation Frankreichs und nach strukturellen Änderungen mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 bis 1943 die Beteiligung an den Handlungen in den Regionen Estland, Leningrad und Moskau. Nach der Wiederaufrüstung der Division in Frankreich erfolgte ihr Einsatz von 1943-45 in Griechenland, der Ukraine, Rumänien und Ungarn, bevor sie am 8. Mai 1945 in Österreich in Folge der Kapitulation Deutschlands die eigene Entwaffnung vornahm.

Das in Weimar stationierte FLAK-Regiment 3 und die schwere FLAK-Ersatz-Abteilung 33 (1941 aufgerüstet) hatten vor allem ab 1943 Luftangriffe der Amerikaner auf Weimar und Umgebung abzuwehren.

Nutzung der Militärobjekte nach Kriegsende

Am 1. April 1945 erfolgte der amerikanische Einmarsch in Thüringen, da es Hinweise dafür

gab, dass sich in Thüringen wichtige Wehrmachtstellen konzentrierten und die Rote Armee noch weit von Thüringen entfernt war. Am 11. 4. 1945 erfolgte die Befreiung des KZ Buchenwald und am 12. 4. 1945 wurde Weimar durch die amerikanischen Streitkräfte besetzt. Die Wehrmacht kasernen in Weimar wurden teilweise von der US-Army genutzt..

Nach den Entscheidungen der Alliierten (Jalta) und den dazu erarbeiteten Zonenprotokollen erfolgte mit der Feststellung über die Besatzungszonen in Deutschland vom 5. Juni 1945 der Besatzungswechsel in Thüringen Anfang Juli 1945 ohne förmliche Übergabe - nur durch Rückzug der amerikanischen Truppen in die für sie bestimmte Besatzungszone am 1. und 2. Juli 1945 und durch Einzug der sowjetischen Truppen vom 2. bis 6. Juli 1945.

Am 9. Juli 1945 übernahm die Sowjetische Militäradministration in Thüringen (SMATH) die Kontrolle der zivilen Verwaltung des Landes von den verschiedenen Militärverantwortlichen. Die Rote Armee hatte bereits die Kasernen und Wehrmachtsgebäude in und um Weimar für die eigene Stationierung übernommen und damit Weimar als Garnisonstadt der sowjetischen Besatzungstruppen festgelegt:

- + bis 1954 ‚Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland‘ (GSBT);
- + bis 1989 ‚Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland‘ (GSSD);
- + bis 1994 ‚Westgruppe der Truppen‘ (WGT).

In diesem Nutzungszeitraum wurden wesentliche Erweiterungen vorgenommen, so

- + Mitte der 1970er Jahre: wesentliche Erweiterung des Komplexes östlich der Ettersburger Straße, u.a. Garagen für schwere Fahrzeuge und Tankanlage;
- + 1976: Wohnblock in der Bonhoefferstraße und
1985 mehrere Wohnblocks in der Lützendorfer Straße für Familien (Zivildienstbeschäftigte der sowjetischen Truppen) im Eigentum der städtischen Wohnungsgesellschaft;
- + 1974: ‚Haus der Offiziere‘ in der Ettersburger Straße mit 2 Gebäuden für kulturelle Veranstaltungen und für ein Restaurant mit Verkaufskiosk;
hier fand 1994 eine Aufführung des Kunstfestes Weimar statt und ab 1997 dient das vordere Gebäude als Redoute dem Deutschen Nationaltheater Weimar als Ausweichspielstätte;
Das hintere Gebäude wurde abgerissen und wich so einem Neubau für das Museums-Depot der Klassik-Stiftung ab 2011;

Der Abzug erfolgte in Weimar bis 21 November 1992. Bewachung und Vorbereitung der Übergabe von Flächen und Immobilien an das Bundesvermögensamt folgten und wurden zum 6. 7. 1994 abgeschlossen. Danach übertrug das Bundesvermögensamt diesen Komplex an die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Thüringen. Weimar wurde wieder garnisonfrei.

Die militärisch genutzten Flächen und Objekte in Weimar-Nord wurden in der Folgezeit schrittweise geräumt, zurückgebaut oder saniert, um diese in zivile Nutzung zu übernehmen.



Nach Abriss der Gebäude östlich der Ettersburger Strasse dient das Gelände heute dem Camsin e.V. bei seinen Aufgaben im Interesse behinderter Menschen



Die nördlich an der Lützendorfer Straße liegenden ehemaligen Kasernen wurden Zug um Zug zu modernen Wohngebäuden umgebaut bzw. dienen als zentrale Ausbildungsstätte in Form eines Berufsbildungszentrums

Wesentliche Eckpunkte dieser Maßnahmen:

- + die bis 1991 durch die WGT genutzten Wohnblocks in der Bonhoefferstraße, der Lützendorfer Straße und der Ettersburger Straße wurden ab 1992 umfassend saniert und schrittweise bis 1996 wieder vermietet.
- + der Bereich östlich der Ettersburger Straße – das Gelände mit den ehemaligen FLAK-Kasernen der Wehrmacht, wurde
 - . bis 2010 auf unterschiedliche Weise für Lagerzwecke genutzt;
 - . 1995 auf Grundlage des Thüringer Denkmalschutzgesetzes als Kulturdenkmal eingestuft und in das Denkmalbuch übernommen;
 - . 2010 zur Nutzung eines Teilbereichs dem Verein CAMSIN e.V. Weimar verpachtet;
 - . 2011 in einer ‚Bauhistorischen Dokumentation‘ detailliert erfasst, da der äußerst schlechte Zustand eine Weiterführung als Kulturdenkmal durch den dafür enormen Aufwand nicht mehr gerechtfertigt war und eine Beräumung angestrebt wurde;
 - . 2011 komplettes Abtragen der Gebäude und Beräumung der Flächen von militärischen Altlasten;
 - . 2012 wieder als Kulturdenkmal gelöscht, da die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Kulturdenkmal nicht mehr vorliegen;
- + die Gebäude im Bereich am Herrenrödchen – nördlich der heutigen Umgehungsstraße - wurden bis 2007 abgerissen, wobei durchaus Fundamente und Umzäunungen noch vorhanden und teilweise sichtbar sind.
In einem Teil dieses Geländes wird heute Schafzucht betrieben.
- + Von den 11 Kasernengebäuden in der Lützendorfer Straße wurden ab 1997 drei komplett zurückgebaut, die weiteren etappenweise entkernt und für zivile Nutzung grundlegend saniert. Zwei Gebäude werden durch das SBBZ, das Staatliche Berufsbildungszentrum, und sechs Gebäude für die Wohnungswirtschaft genutzt.
Auch die Nebengebäude wurden abgerissen – hier entstanden Grünflächen und Parkplätze, 2016 wurde für diesen Bereich eine weitere Wohnungsbebauung auf 21,5 ha durch den Stadtrat beschlossen. Hier sollen 140 Einfamilien-, Doppel- oder Reihenhäuser und 55 Mehrfamilienhäuser entstehen. Die Anbindung an das Wohngebiet Weimar-Nord und die zu errichtenden Versorgungsstrukturen sind noch nicht entschieden.
- + Alle bis 1993-94 militärisch genutzten Flächen im Bereich südlicher Ettersberg wurden umfassend von Munition, Sprengstoffen und weiteren Altlasten befreit. Größere Teile dieses Geländes wurden inzwischen durch den NABU – Naturschutzbund – erworben und werden in ein entstehendes Naturschutzgebiet eingegliedert.

Letztlich steht nur noch das Offizierskasino der Wehrmacht an der süd-östlichen Ecke Ettersburger Straße/Umgehungsstraße – eingetragen in der Denkmalliste der Stadt Weimar. Ein Verwertungskonzept ist nicht bekannt.

Quellen:

1. Loos, Karina; Die Inszenierung der Stadt, Dissertation, Bauhaus-Universität Weimar 1999;
2. Thüringen: Blätter zur Landeskunde, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen,
3. 2001;
4. Sanierungslösungen für ehemalige GUS-Wohnungen, IEMB TU Berlin, 1997;
5. Bauhistorische Dokumentation 99423 Weimar Ettersburger Straße ehemalige WGT-Kaserne Weimar, Büro für Bauforschung Silbitz, 2011;
6. Müller, Rainer, Kulturdenkmale in Thüringen – 4.2. Stadt Weimar Stadterweiterung und Ortsteile – Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, E. Reinhold Verlag;
7. Stadtarchiv Weimar 2-28-3 – Militärübungsplatz Lützensdorf;
8. Stadtarchiv Weimar 2-28-4 – Bauplatz Lützensdorf;
9. Stadtarchiv Weimar 2-28-8 – Regimentsstab Artillerie;
10. Stadtarchiv Weimar 2-28-15 – Militärbehörden;
11. Stadtarchiv Weimar 2-28-16 – Belegung Weimars mit Garnisonen;
12. Stadtarchiv Weimar 7-77-41 – Garnisonwohnungen;
13. Stadtarchiv Weimar 7-77-42 – Offizierswohnungen;
14. Stadtarchiv Weimar 7-77-43 – Bau Unteroffizierswohnungen;
15. Stadtarchiv Weimar 9-92-224 – Lagepläne Lützensdorf;
16. Günther, Huschke, Steiner: Lexikon zur Stadtgeschichte. Verlag Hermann Böhlau Nachfolger Weimar, 1998;
17. INTERNET – verschiedenste Medienberichte und Darstellungen in Nachschlagewerken und Mediatheken ohne konkrete Quellenangaben;